

COP23: Wie weiter im Klimaschutz? BUND-Forderungen zur Weltklimakonferenz

Stand: November 2017

Paris umzusetzen heißt, bereits vor 2020 große Schritte für den Klimaschutz zu machen und nationale Klimaschutzpläne zu verbessern! Deutschland muss bis deutlich vor 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen.

Der Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens liegt zwei Jahre zurück. Hier haben sich alle Staaten auf das Ziel geeinigt, die Klimakrise zu stoppen. Tatsächlich aber machen alle Länder zu wenig. Die nationalen Klimaschutzpläne, die sie dem Abkommen beigelegt haben, sind nicht ausreichend, um die Klimakrise, das heißt eine Erderhitzung von mehr als 1,5 Grad, aufzuhalten.

Deutschland hat sich nationale Reduktionsziele gesetzt, die es krachend verfehlt. Die Lücke zwischen der anvisierten Emissionsminderung von 40 Prozent im Jahre 2020 ist gemäß der Berechnungen des Bundesumweltministeriums und des Thinktanks Agora Energiewende eklatant größer als befürchtet.

Verbesserung der nationalen Klimaschutzpläne gefordert

Jedes Land, in erster Linie jedoch die reichen Länder, die in der Vergangenheit am meisten zum Klimawandel beigetragen haben, müssen ihre nationalen Klimaschutzpläne verbessern. Die EU hat bisher lediglich zugesagt, ihre Emissionen bis 2030 um 40 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu verringern. Nötig wäre jedoch eine Reduktionsminderung von mindestens 60 Prozent, um einen angemessenen und fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu leisten. Die Bundesregierung muss sich innerhalb der EU dafür einsetzen, dass die schwachen Ziele im Rahmen des Überprüfungsprozesses des Pariser Klimaabkommens, des sogenannten „*Facilitative Dialogue*“, vor 2020 geschärft werden.

2018 wird das UN-Klimasekretariat in dem „*Facilitative Dialogue*“ überprüfen, ob die internationale Gemeinschaft das Abkommen umsetzt und wie weit sie vom Ziel entfernt ist. Klar ist, dass alle Vertragsstaaten nachliefern müssen, auch die EU.

Starke Leitlinien für Überprüfung der nationalen Klimaschutzpläne gefordert

Auf der jetzt stattfindenden Klimakonferenz in Bonn entscheidet sich, ob der „*Facilitative Dialogue*“ die tatsächlichen Klimaschutzanstrengungen eines jeden Landes überprüft und Verbesserungen der Klimaschutzbemühungen einfordert. Zu verhindern ist, dass eine *Überprüfung light* beschlossen wird, die lückenhaft und folgenlos bleibt und etwa den Umstieg von dreckiger auf saubere Energie um Jahrzehnte verschiebt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert als Ergebnis der Bonner Klimakonferenz starke Leitlinien für die Überprüfung der nationalen Klimaschutzpläne.

Das Monitoring der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens muss folgenden Kriterien genügen:

1. Jeder Unterzeichnerstaat muss belegen, dass sein nationales Klimaschutzprogramm („*Nationally Determined Contribution*“, NDC) ein angemessener und fairer Baustein der globalen Bemühungen auf dem

Weg zur Realisierung der Einhaltung der 1,5 Grad Grenze ist: angemessen und fair gemäß der historischen Verantwortung für die Klimakrise und der wirtschaftlichen Stärke eines Landes.

2. Das zweite Kriterium, dem jeder Unterzeichnerstaat im Rahmen des „*Facilitative Dialogue*“ genügen muss, bezieht sich auf die finanzielle Unterstützung ärmerer Länder beim Klimaschutz und bei der Bewältigung der Folgen der Erderhitzung. Hier muss die zentrale Frage beantwortet werden, ob der jeweilige Beitrag einen fairen Anteil an der notwendigen finanziellen Unterstützung für arme Länder – die in Paris auf 100 Mrd. US-Dollar im Jahr beziffert wurde – darstellt.

Deutschlands Beitrag ist fällig: Klimaschutz entscheidet sich am Kohleausstieg

Deutschland als Veranstaltungsort für die COP23 verpflichtet die Bundesregierung in besonderem Maße. Die Bundesregierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen. Der Glaubwürdigkeitsverlust auf internationalem Parkett ist bereits groß, denn Deutschland wird statt der national beschlossenen minus 40 Prozent Treibhausgase bis 2020 (gegenüber 1990) lediglich etwa minus 30 Prozent schaffen – falls keine zusätzlichen Maßnahmen im Stromsektor vor 2020 beschlossen werden.

Da passt ins Bild, dass Deutschland auch sein verpflichtendes europäisches Ausbauziel für die erneuerbaren Energien verfehlt (18 Prozent Endenergieanteil bis 2020) – und das im Land der Energiewende. Es ist also überfällig, dass in Deutschland in Sachen Klimaschutz endlich gehandelt wird. Die neue Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel muss ihren schönen Versprechungen endlich Taten folgen lassen und die deutsche Klimaschutzpolitik den Beschlüssen von Paris anpassen:

- Das langfristige Klimaziel für das Jahr 2050 muss auf minus 95 Prozent konkretisiert werden. Hierfür müssen auch die Zwischen- und die Sektorziele entsprechend verschärft werden – sonst werden auch die zu beschließenden Maßnahmen nicht ausreichend sein.
- Deutschland muss – wie im Klimaschutzplan 2050 vorgesehen – im Jahr 2018 konkrete und effektive Maßnahmen für das Erreichen des Klimaziels 2030 vorlegen, mit denen insbesondere der Energie- und Verkehrssektor in die Pflicht genommen wird. Deutschland muss dem Anspruch genügen, einen eigenen „Nationalen Aktionsplan“ vorzulegen, der einen gerechten Beitrag zum Pariser Abkommen leistet.
- Um kurzfristig noch das Klimaziel 2020 zu erreichen, braucht es vor allem den schnellen Einstieg in den Kohleausstieg: Die Kapazität an Kohlekraftwerken muss im Jahr 2020 auf 20 Gigawatt halbiert sein. Zusätzlich muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien, besonders der Windkraft an Land, mit Sonderausschreibungen beschleunigt werden. Wenn die kommende Regierung hier nicht sofort handelt, ist die internationale Blamage unabwendbar.
- Damit alle folgenden Klimaziele, vor allem das Ziel für 2030, erreicht werden, muss vor allem eine Maßnahme beschlossen und rasch umgesetzt werden: der Kohleausstieg. Ohne die Abschaltung aller Kohlekraftwerke noch vor 2030 wird Deutschland seine Verpflichtungen nach dem Pariser Abkommen kaum erfüllen können. Wichtig hierbei: Trotz der Dringlichkeit des Kohleausstiegs gilt es, den Strukturwandel sozial verträglich zu gestalten und die Bergbauregionen sowie die Betroffenen finanziell zu unterstützen.
- Raus aus den Fossilen, raus aus der Kohle – und rein in die Erneuerbaren! Mit dem bisherigen Tempo der Energiewende wird das Klima nicht gerettet. Von Nöten ist eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus – vor allem der Windkraft an Land und der Solarenergie. Für eine schnelle und naturverträgliche Energiewende müssen bei Energieeffizienz und beim Stromsparen die Anstrengungen deutlich erhöht werden.

Die Bundeskanzlerin versprach vor der Wahl die Erreichung des Klimaschutzziels 2020. Wenn Deutschland auf der COP23 ernst genommen werden will, muss die Kanzlerin ankündigen, wie es die nächste Regierung mit dem Klimaschutz und mit dem Kohleausstieg halten will. Der schnelle Kohleausstieg ist hier zentraler Bestandteil der deutschen Bringschuld.

Kontakt:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Friends of the Earth Germany
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Ann-Kathrin Schneider
BUND-Klimaexpertin

Tel. +49 (0) 30-27586-468

Mobil: +49 (0) 151-24087297

Email: annkathrin.schneider@bund.net

Weitere Informationen:

www.bund.net

www.bund.net/klimawandel/un-konferenzen